

WKF-03 Jetzt WKF-03-NEU (Das Zeitfenster schließt sich: Klimarettung JETZT!)

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

1 Jetzt WKF-03-NEU

2 Alter Antragstext:

3 Dürresommer, Hitzewellen und Unwetter zeigen uns: Der Klimawandel ist bereits in
4 vollem Gange. 25 Jahre war die Entwicklung bekannt und absehbar, ohne dass die Politik –
5 weltweit wie auch in Deutschland – entschieden gehandelt hätte. JETZT reicht ein „Kurieren der
6 Symptome“ nicht mehr, JETZT MUSS entschieden gehandelt werden. Die Versäumnisse
7 der letzten Jahre und Jahrzehnte kumulieren sich, jedes Jahr werten verschärft die nötigen
8 Gegenmaßnahmen. Es ist nicht mehr „5 vor 12“, sondern „die Stunde schlägt bereits“.
9 Hunderttausende überwiegend Jugendliche eint die Sorge um ihre Zukunft. Praktisch
10 weltweit sind sich alle Wissenschaftler*innen einig: Wir haben nur noch ein schmales
11 Zeitfenster von wenigen Jahren, um die Aufheizung des Klimas auf 1,5 °C begrenzen und so eine
12 weltweite Katastrophe mit Hunderten Millionen von Opfern und Vertriebenen und allen daraus
13 resultierenden Folgen zu vermeiden. Wir müssen JETZT handeln. Die entsprechenden
14 Beschlüsse liegen seit Jahren vor und wer sie nicht umsetzt, verstößt gegen internationales Recht,
15 verantwortet die Opfer wie die Schäden. Vor zehn oder zwanzig Jahren wären die
16 nötigen Gegenmaßnahmen aus den Staatshaushalten „locker“ bezahlbar gewesen, heute wird
17 es teuer, ist aber noch leistbar. In wenigen Jahren wäre es selbst bei größten Opfern nicht mehr
18 finanzierbar. Darüber hinaus wird es weitere Konflikte geben, wenn jetzt nicht
19 gehandelt wird. Wasser wird knapp, bereits jetzt beginnen in Norddeutschland Konflikte zwischen
20 Konsumenten und Landwirtschaft. Und in Indien werden in Kürze Millionen Menschen
21 ohne Trinkwasser sein ...

22 Der Umbau der Energieerzeugung und -einsparung, der Landwirtschaft, der Industrie
23 und des Verkehrs ist notwendig, und zwar alles gleichzeitig. Die FFF-Bewegung und die darin
24 engagierten Jugendlichen haben das der breiten Öffentlichkeit vermittelt. Die
25 Wahlergebnisse der Grünen kommen daher, dass die Wähler*innen hierzu von uns Lösungen erwarten,
26 aber Lösungen in großen Schritten, nicht ein Kurieren in Details. Die anderen Parteien, allen
27 voran die GroKo mit ihrem Klimaschutzpaket, haben in der Klimafrage geschlossen

versagt.

28 Wenn wir jetzt einen Regierungsauftrag bekommen, dann müssen wir auch liefern. Das will

29 vorbereitet sein, die Eckdaten müssen vorher stehen, sie können nicht erst unter dem Druck

30 einer Koalition in der Regierung zustande kommen.

31 Wir müssen Schluss machen mit der Lebenslüge, ähnlich weiterleben zu können wie bisher UND

32 gleichzeitig die Klimaänderung im erträglichen Rahmen halten. Grünes Wachstum mag in

33 Teilaspekten eine Teillösung sein, die bereits spürbare Klimakatastrophe wird es allein nicht abwenden.

35 **Ziel für Klimaneutralität Deutschland**

36 Deutschland muss bis 2035 nahezu die „Nettonull“ erreichen, d.h. Energieerzeugung, Verkehr

37 und Wohnen müssen treibhausgasfrei werden, die Landwirtschaft und die Industrie dürfen nicht

38 mehr CO₂-Äquivalente emittieren, als durch Aufforstung und andere Maßnahmen gebunden werden.

39 **Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen.**

40 Treibhausgase, Luftschadstoffe und andere Umweltbelastungen führen neben allen anderen

41 Schäden auch zu wirtschaftlichen Einbußen durch z. B. Produktionsausfälle, Ernteverluste

42 oder Schäden an Gebäuden und Infrastruktur. Für viele dieser Schäden gibt es etablierte

43 wissenschaftliche Methoden, um sie in Geldwerten auszudrücken. Das Umweltbundesamt (UBA) hat

44 in der gerade veröffentlichten Methodenkonvention 3.0 die Kosten durch Umweltbelastungen neu

45 berechnet. Danach verursacht zum Beispiel die Emission einer Tonne Kohlendioxid (CO₂)

46 Schäden von rund 180,- €.[\[1\]](#)

47 • Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss innerhalb der nächsten vier Jahre

48 auf die laut UBA erforderlichen 180,- € pro Tonne CO₂-Äquivalent erhöht werden, mit

49 längeren Übergangsfristen für übermäßig stark betroffene Industrien wie z.B. Stahl und

50 Zement.

51 • Dabei sind die aktuell erhobenen „Ökosteuern und -abgaben“ einzubeziehen bzw. zu

52 verrechnen. Z.B. Öko-Strom wird somit erheblich billiger.

53 • In einem ersten Schritt im ersten Regierungsjahr beginnen wir mit einer deutlichen

54 Anhebung der Kosten für CO₂-äq. – in ALLEN Bereichen: Verkehr, Wohnen,
55 Landwirtschaft,
56 Verkehr, Energie und Industrie – mit 60,- € pro T CO₂-äq. , die in wenigen weiteren
57 jährlichen Schritten bis auf 180,- €/t erhöht werden.

- 57 • Der Reinerlös wird als Pro-Kopf-Geld an die Bevölkerung rückerstattet, um die zu
58 belohnen, die klimabewusst leben und übermäßig Betroffenen die Umstellung zu
59 erleichtern.
- 60 • Um bisher bereits verursachte Schäden zu kompensieren, wird der Betrag danach
61 –
62 jährlich angemessen angepasst an die jeweils erreichten und noch offenen Ziele
(2030)
– gegebenenfalls weiter erhöht.

63 **Ausstieg aus fossilen Energieträgern**

64 In der Energiezeugung lässt sich mit vertretbarem Aufwand schnell viel erreichen,
65 daher
66 haben die folgenden Umsetzungen höchste Priorität:

- 66 • Der Kohleausstieg ist bis 2030 zu beenden, die Braunkohle-Kraftwerke sind bis
67 2022 vom
Netz zu nehmen.
- 68 • Die für die Emissionen dieser Kraftwerksblöcke vorgesehenen CO₂-Zertifikate aus
69 dem
Europäischen Emissionshandel (ETS) müssen gelöscht werden.
- 70 • Alle Subventionen für fossile Energieträger, direkte und indirekte, sind umgehend
71 zu
beenden.
- 72 • Als Erstes werden wir ein Einbauverbot für neue fossile Heizungen erlassen. Ein
73 hoch
subventioniertes Ausstiegsprogramm für Ölheizungen (bis 2023) und Gas (2023
74 bis 2027)
ist aufzulegen.
- 75 • Neue Importverträge fossiler Energieträger werden nicht mehr abgeschlossen,
76 die
bestehenden schnellstmöglich rechtssicher beendet.

77 **Ausbau Erneuerbare**

- 78 Der aus verschiedenen wirtschaftlichen wie oft auch politischen Interessen ins Stocken
79 geratene Ausbau der EE muss umgehend wieder hochgefahren werden.
- 80 • Neben auskömmlichen Einspeisevergütungen müssen auch die
81 Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigt werden.
 - 82 • Der Deckel beim Ausbau der Wind- und Solarenergie, der Ausschreibungszwang
83 bei Wind-Onshore, die Abgabenbelastung des Strom-Eigenverbrauchs und überzogene
84 pauschale Abstandsregelungen von Windanlagen, wie z.B. die 10H-Regelung in Bayern
85 werden aufgehoben und ein angemessener, sinnvoll geplanter Netzausbau beschleunigt.
 - 86 • Die EEG-Umlage auf den Eigenverbrauch (Sonnensteuer) wird komplett
abgeschafft.
 - 87 • Ein Register aller nutzbaren Dach- und Fassadenflächen ist umgehend zu
88 erstellen und der Ausbau der bestgeeigneten Flächen voranzutreiben. Neubauten sind
89 entsprechend auszurichten und mit PV zu versehen. Eine Ausbildungsoffensive zur/zum
90 „Solateur*in“ ist umgehend zu starten. Die Bürokratie für kleine Einspeiser muss ebenso
91 drastisch reduziert werden wie die bei Förderanträge auf andere Klimaschutzmaßnahmen.
92 So dürfen z.B. Wohnungsbau-Genossenschaften nicht ihre steuerlichen Privilegien
93 verlieren, wenn sie PV-Anlagen installieren.
 - 94 • Zur Erreichung der Ziele ist es notwendig, ab sofort jährlich in einer
95 Größenordnung von 7 Gigawatt Onshore-Windkraft und mindestens 15 Gigawatt Photovoltaik neu
96 zu installieren und das Ausbauziel für Offshore-Windkraft im Rahmen der
97 ökologischen Tragfähigkeit um 5 Gigawatt zu erhöhen. Das entspricht jährlich +50 TWh mehr.
98 Damit ist 2038 der Ausbau auf die erforderlichen 1.100 TWh erreicht. Die restlichen 800
99 TWh werden eingespart, wenn Wasserstoff und PtL im Volumen von 300 TWh/a
100 importiert werden.
 - 101 • Um bereits bestehende Windkraft- und Solar-Anlagen auch in Zukunft nachhaltig
102 weiter betreiben oder anpassen zu können, sind sinnvolle Vergütungsmodelle für

103 Weiterbetrieb
und Repowering unumgänglich.

- 104 • Die von der EU beschlossenen Regeln für eine dezentrale Bürger*innen-Energie
105 müssen umgehend umgesetzt werden. Auf die dezentrale und auch kleinteilige
106 Erzeugung und Nutzung von EE inklusive des Aufbaus sinnvoller Wärmenetze ist höchster Wert
zu legen.
- 107 • Die Subventionierung des Stroms für die energieintensive Industrie wird
108 schnellstmöglich auf den energieintensiven Prozess beschränkt.

109 **Energieeinsparung Elektrogeräte**

110 Was an Energie eingespart werden kann, muss nicht erzeugt werden, das Potential ist
111 noch lange nicht erschöpft.

- 112 • Sämtliche Haushaltsgeräte müssen in den nächsten fünf Jahren (mit sinnvollen
113 Übergangsfristen für einwandfrei funktionierende A++ und A+-Geräte, der
Gerätetausch selbst muss sich energetisch rechnen, auch die Neugeräte-Herstellung
114 verbraucht CO₂!) mittels eines subventionierten Tauschprogramms auf den Stand A+++ gebracht
115 werden.
- 116 • Soweit möglich ist der Betrieb von großen Stromverbrauchern in der Industrie so
117 zu steuern, dass er in Zeiten von Stromüberschuss im Netz stattfindet.

118 **Energieeinsparung Wärme**

- 119 • Gebäude, die von Bund, Ländern oder Kommunen gebaut werden, sind ab sofort
120 nach dem Passivhaus-Standard zu errichten. Bei privaten Neubauten ist dieser Standard
121 schnellstmöglich vorzuschreiben.[\[2\]](#)
- 122 • Öffentliche Gebäude im Bestand sind umgehend im Rahmen des Möglichen auf
123 einen dem Passiv-Standard nahekommenden Energieverbrauch umzubauen.
- 124 • Bis 2045 müssen 80% der Altbauten auf einen Standard unter 90kWh/m²a
125 saniert werden. Schnellstmöglich sind die Brenner durch Wärmepumpen mit Effizienzgrad größer
126 als 3 zu ersetzen.

127 **Mobilitätswende**

128 Notwendig sind nicht nur CO₂-freie Technologien und klimafreundliche Infrastrukturen,
129 sondern auch vorrangig ein kultureller Wandel, für eine ökologisch und sozial gerechte
130 Verkehrswende. Wir brauchen weniger Autos, weniger MIV, weniger LKW auf den

Straßen und

- 131 somit weniger Straßen, wir brauchen eine andere Mobilität. „Der Verkehr in
Deutschland
132 kostet die Allgemeinheit 149.000.000.000 € (149 Milliarden in 2017). ... Zu den
externen
133 Kosten zählen alle negativen Auswirkungen der Mobilität, für die nicht die
134 Verkehrsteilnehmer selbst bezahlen. Darunter verstehen die Studienautoren etwa
Kosten, die
135 durch Klima und Umweltschäden entstehen, oder durch die Folgen von Unfällen.“ [\[3\]](#)
- 136 • Der Bundesverkehrswegeplan muss entsprechend umgestaltet werden, so dass
öffentliche
137 Mittel auf den Ausbau klimaverträglicher Mobilität konzentriert werden. Für die
138 nächsten zehn Jahre ist zudem ein Moratorium für den Aus- und Neubau neuer
Fernstraßen
139 und Flughäfen erforderlich.
 - 140 • Der Ausbau des Bahnnetzes muss massiv vorangetrieben werden, um
Taktfrequenz und
141 Zuverlässigkeit zu steigern und die Verlagerung des Güterverkehrs zu
ermöglichen. Alle
142 noch nicht elektrifizierten Strecken sind umgehend ganz oder in Abschnitten zu
143 elektrifizieren und im letzteren Fall mit Akku-Fahrzeugen zu betreiben. Alternativ
144 sind Wasserstoff- oder Brennstofffahrzeuge einzusetzen, sowie diese verfügbar
sind.
 - 145 • Der Trassenpreis auf Schienen wird den entsprechenden Gebühren auf der Straße
und in
146 der Luft angepasst, hier nach unten oder dort nach oben.
 - 147 • In den Nahverkehrs-Tarifgebieten sind 365,- €-Jahres-Tickets anzubieten. Zur
148 Finanzierung ist eine entsprechende Erhöhung der Regionalisierungsmittel
notwendig.
149 Mittelfristig wollen wir – nach dem entsprechenden Ausbau der Kapazitäten –
einen
150 kostenlosen Nahverkehr. Der Tarif-Wirrwarr in den einzelnen Verbänden und die
151 teilweise schwierigen Übergangsmöglichkeiten sind umgehend zu beenden.
 - 152 • Das Dienstwagenprivileg wird beendet, statt dessen werden nur noch die Kosten
für den
153 jeweiligen öffentlichen Verkehr erstattet bzw. steuerfrei gestellt.
Lohnsteuermindernd
154 können nur noch Aufwendungen für den ÖPNV – sofern vorhanden – geltend
gemacht werden,
155 Kosten für PKW oder Kraftrad sind bei vorhandenem ÖPNV nicht mehr absetzbar.
 - 156 • Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30
km/h in

- 157 geschlossenen Ortschaften (außer Durchgangsstraßen) wird umgehend
eingeführt.
- 158 • Die künftige Bebauungsplanung gibt dem ÖPNV, dem Fuß- und Radverkehr
159 Vorrang. Der Rechtsrahmen für städtische Mobilität und bei der Parkraumbewirtschaftung
160 muss entsprechend angepasst werden.
- 161 • Die LKW-Maut wird künftig auf allen Straßen erhoben und so weit erhöht, dass
162 der Straßenverkehr (inkl. des eingerechneten Zeitgewinnes) teuer wird als die
Verladung
163 auf die Schiene. Die Schienenkapazitäten sind umgehend entsprechend
auszubauen.
- 164 • Für den verbliebenen LKW-Verkehr brauchen wir zunächst eine Elektrifizierung
165 von Autobahnabschnitten, zunächst vor allem im Bereich um die Zentren, verbunden
mit einem
166 Einfahrverbot für Diesel-LKW in die Städte. Bis 2035 müssen 8.000 km Autobahn
mit
167 Oberleitung versehen werden. In den Städten wird auf Wasserstoff oder Batterie
168 umgestellt.
- 169 • Inlandflüge sowie Flüge unter 800 km ins benachbarte Ausland – inklusive
170 Zubringerflüge – werden per Gesetz auf mindestens den regulären
Bahnfahrkartenpreis
171 ohne Ermäßigung verteuert und bis spätestens 2025 durch den Ausbau
entsprechender
172 schneller Zugverbindungen ersetzt. Jede Subvention, auch indirekte, von
Flughäfen oder
173 Fluggesellschaften wird sofort eingestellt. Der Flugverkehr, insbesondere auch
der
174 Fernflugverkehr muss ebenfalls mit 180 €/t CO₂ belegt und bis 2035 auf EE-
Kerosin,
175 Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen umgestellt werden.
- 176 • Der Schifffahrt, die deutsche Häfen nutzt, werden Auflagen gemacht, bis
177 spätestens 2025 vollständig auf Schwerölantrieb zu verzichten und andere Antriebsarten
sowie
178 Katalysatoren und/oder Filter zu nutzen. Der Schiffsverkehr muss bis 2035 auf EE-
179 Treibstoffe Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen sowie bei
Fähren
180 auf Batteriebetrieb umgestellt werden. Alle Anlegeplätze werden bis dahin mit
181 Stromanschlüssen ausgestattet. Ab dann wird der Betrieb von Schiffsmotoren im
Hafen
182 zur Stromversorgung untersagt.

183 **INDUSTRIE**

184 Professor Manfred Fishedick, Vizepräsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt,
185 Energie: „Durch optimierte Prozesse und mehr Energieeffizienz kann die Industrie nur
186 noch maximal ein Viertel der Treibhausgase sparen. Um richtig voranzukommen, braucht sie
187 also völlig neuartige Ansätze.“ Betroffen sind in Deutschland vor allem folgende
188 Industriesparten: Eisen- und Stahl, Raffinerien, Zement, Chemie, Aluminium, Glas und
189 Keramik, Kalk und Papier. Ambitionierte Betriebe verringern ihren CO₂-äq.-Ausstoß
190 demnach jährlich um 1,7 Prozent – nötig seien aber 2,6 Prozent Minus. Die Industrie insgesamt
191 hat 2018 rund 196 Millionen Tonnen Klimagas ausgestoßen, weniger als im Jahr 2000, aber
192 etwas mehr als 2010. [\[4\]](#)

193 Auch der Umbau der Industrie muss so unterstützt werden, dass in der Summe
194 möglichst keine Arbeitsplätze vernichtet werden. In manchen Bereichen wird das nicht vollkommen
195 funktionieren (Raffinerien), dafür werden in anderen Bereichen zusätzliche
196 Arbeitsplätze geschaffen werden.

197 In der Stahlproduktion lässt sich z.B. Koks durch Wasserstoff ersetzen, der zudem
198 durch überschüssigen Wind- oder PV-Strom produzierbar ist. CO₂ lässt sich teilweise sogar
199 nach Abtrennung als Rohstoff verwenden. Die neuen Techniken werden große Menge grünen
200 Strom und Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen erfordern, auch das muss rechtzeitig
201 eingeplant werden. Aber wenn Deutschland seine führende Rolle in der Weltwirtschaft behalten
202 will, muss auch hier sofort ein Umsteuern stattfinden.

203 **Landwirtschaft in Deutschland umbauen**

204 Landwirtschaftliche und vor allem ungenutzte Böden können als Kohlenstoffsinken zur
205 Bewältigung der Klimakrise beitragen. Die Übernutzung der Böden durch die
206 Agrarindustrie und die Belastung durch den Klimawandel machen unsere Landwirtschaft zum CO₂-äq.-

Emittenten.[\[5\]](#),

207 [\[6\]](#)

- 208 • Wir brauchen daher einen schnellen Umbau unserer Landwirtschaft, weg von der
209 Übernutzung und wertevernichtenden Ausbeutung zu einem ausgeglichenen
Kreislauf.
- 210 • Alle künftig gezahlten Agrarsubventionen sind daher an die Einhaltung von
strengen
211 Umwelt- und Klimaschutzleistungen zu binden.
- 212 • Der Fleischkonsum (vor allem Rind- und Schaffleisch), aber auch der Konsum von
213 Milchprodukten in Deutschland muss wirksam reduziert werden. Überdüngung
durch das
214 Ausbringen der Abfälle der Massentierhaltung (vor allem Rindfleisch, in
geringerem
215 Maß Schweinefleisch) ist ebenfalls ein klimarelevantes Problem. Das bedeutet:
216 Fleischprodukte – außer Bioware nach höchstem Standard – müssen durch
strengere
217 Tierschutzstandards teurer werden.[\[7\]](#)
- 218 • Erforderlich ist eine schnelle deutliche Reduktion der Tierbestände durch eine
219 Einschränkung der Massentierhaltung, besonders in den viehintensiven
Regionen.
- 220 • Die Zahl der gehaltenen Tiere ist an die zur Verfügung stehende Fläche zu
binden.
- 221 • Neue gewerbliche Tiermastanlagen werden nicht mehr zugelassen.
- 222 • Sämtliche Rechts- und Fördergrundlagen werden an dieses Ziel angepasst.
- 223 • Das Düngerecht ist sofort EU-rechtskonform und ambitioniert zu reformieren und
vor
224 allem streng zu kontrollieren und Verstöße spürbar zu ahnden.
- 225 • Wir werden keine Landwirtschaft auf organischen Böden zulassen[\[8\]](#), Moore
wieder
226 vernässen und ein Humusmonitoring einführen.
- 227 Die aktuell gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Umwandlung von
Ackerland
228 in Blühwiese) sind von einem echten Ausgleich weit entfernt.[\[9\]](#)
- 229 • In zwei Schritten wollen wir zunächst einen echten 1:1 Flächenausgleich
einführen.
- 230 • Im 2. Schritt wird die Neuversiegelung nur noch erlaubt, wenn die gleiche Fläche
in
231 räumlicher Nähe entsiegelt wird.

232 **Den Wald retten und zum Klimaschutz verwenden**

- 233 Ähnliches gilt auch für – wie der richtige Namen schon zeigt – für die „Forstwirtschaft“.
- 234 Wälder und Moore könnten als Kohlenstoffsinken zur Bewältigung der Klimakrise beitragen.
- 235 Aber Abholzung für Landnutzungsänderungen und die Belastung durch den Klimawandel machen
- 236 auch die Forstwirtschaft zum CO₂-Emittenten.
- 237 • Ein naturgerechtes Aufforstungsprogramm ist umgehend aufzulegen.
 - 238 • Der Umbau naturferner Fichten- und Kiefernplantagen zu natürlichen, heimischen
 - 239 Mischwäldern muss sofort eingeleitet werden.
 - 240 • Die deutsche Regierung wird umgehend eine Koalition der Industrienationen schmieden,
 - 241 welche die noch vorhandenen Regenwälder mit Zustimmung der beteiligten Regierung unter
 - 242 dauerhaften Schutz stellt, dort ein Wiederaufforstungsprogramm finanziert, in die
 - 243 Sicherstellung der Artenvielfalt investiert, den Schutz der indigenen Völker sichert
 - 244 und so in den Regionen Tausende neuer Arbeitsplätze schafft.
 - 245 • Alle Handels-Abkommen mit Drittländern, in denen weiter illegal Regenwald abgeholzt
 - 246 wird, werden umgehend eingefroren.

247 **Finanzierung: Grüne Null statt Schwarzer Null**

- 248 Das dringend erforderliche, aber unabdingbare Klimaschutzprogramm inkl. Umbau der Wirtschaft
- 249 und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nicht aus der Portokasse finanzierbar. Der US-Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders rechnet bezogen auf die USA mit 16,3
- 250 Billionen US-\$
- 251 für 10 Jahre (das entspricht pro Jahr 1.500 Milliarden €).[\[10\]](#) Für Deutschland wäre dies
- 252 eine Größenordnung von ca. 500 Milliarden € pro Jahr. Die von der Bundesregierung jetzt
- 253 eingeplanten 54 Milliarden bis 2030 sind dagegen ein „Tropfen auf den heißen (!) Stein“. Die
- 254 im Moment (und auch mittelfristig noch zu erwartenden) Null- bzw. Minuszinsen ermöglichen
- 255 eine nahezu neutrale Finanzierung. An jedem Euro, den die Regierung ausleiht, verdient (!!)
- 256 sie aktuell inflationsbereinigt ca. 2%. (Stand Sommer 2019).

257 **Sofortprogramm zur Beschleunigung des KLimaschutzes:**

- 258 In einen möglicherweise anstehenden Koalitionsvertrag wird verbindlich festgelegt, dass
- 259 bereits im ersten Jahr massiv mit der Umsetzung des Handlungsplanes für das
- 260 Klimaschutzprogramm begonnen und bei regelmäßiger Überprüfung der Fortschritte

- 261 gegebenenfalls jährlich nachgebessert wird. Es wird ein Sofortprogramm
festgeschrieben, das
- 262 den Ausbau von Stromspeichern, die Anpassung des Netzausbaus, den Umbau des
Verkehrs, die
- 263 Sanierung des Gebäudebestandes inkl. Heizung sowie ein den Klimazielen
angepasstes
- 264 Ernährungsprogramm anschiebt.
- 265 [\[1\]https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-](https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz)
266 [unterlassenen-](https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz)
[umweltschutz](https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz)
- 267 [\[2\]https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/](https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/)
- 268 [\[3\]https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-](https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen)
269 [umweltschutz-auswirkungen](https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen)
- 270 [\[4\]https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-](https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-reduzieren-3690)
271 [reduzieren-3690](https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-reduzieren-3690)
- 272 [\[5\]](#) Genauer: auch zum N₂O- und Methan-Emittenten, N₂O hat die 300-fache
Klimawirkung, Methan
- 273 die 25-fache. [https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-](https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase)
274 [energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase](https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase)
- 275 [\[6\]https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/](https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Landwirtschaft_als_Klimafaktor)
[Landwirtschaft_als_Klimafaktor](https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Landwirtschaft_als_Klimafaktor)
- 276 [\[7\]https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-](https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#textpart-2)
277 [landwirtschaft-zu-](https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#textpart-2)
[den-treibhausgas#textpart-2](https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#textpart-2)
- 278 [\[8\]](#) Böden mit einem hohen Anteil organischer Kohlenstoffverbindungen – speichern 30
bis 50
- 279 Prozent des gesamten Bodenkohlenstoffs der Erde
- 280 [\[9\]http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html](http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html)

Begründung

Die Gro-Ko-Regierung hat mit ihrem angeblichen Plan zur Klimarettung vom 20.9.2019 ihr Versagen eindrucksvoll demonstriert. Zur Ablösung dieser Versager muss ein sofort umsetzbarer Plan vorliegen, der umgehend nach der Einigung auf eine neue Regierungskoalition umgesetzt werden kann. Gehen die Grünen in eine neue Regierung, so sind diese Forderung die Basis der Verhandlung, letztlich werden SIE gebraucht, um die vertraglich von den Vorgängerregierungen verbindlich zugesagten Vertragsverpflichtungen einzuhalten. Wir Grünen können in Koalitionsverhandlungen daher nur unsere Zustimmung geben, wenn das Gesamtpaket unsere vertraglichen Ziele (Paris!) erreichbar macht.

Ziel ist es, die grüne Politiklinie für die nächsten Jahre (hoffentlich in der Regierung!) festzuschreiben. Dabei muss eine radikale Umsteuerung erfolgen, sollen die (auch von Deutschland völkerrechtlich verpflichtend!) gesetzten Klimaziele erreicht werden. Das wird ehrlicherweise nicht ohne Verzicht von uns allen gelingen. Das müssen wir den Wähler*innen offen sagen und der Großteil unserer Wähler*innen erwartet dies auch

von uns. Es ist besser wir „verprellen“ jetzt 5 % unserer potentiellen Wähler*innen, als dass wir in der Regierung genauso scheitern wie die bisherigen Regierungsparteien und nach wenigen Jahren genauso abstürzen wie diese. Allerdings soll der Beschluss Grüne Mandatsträger nicht in der Art festlegen, dass sie nur dann (auch in Bundesländern übrigens) in eine Regierungsbeteiligung gehen, wenn das skizzierte Programm Regierungslinie wird. Auch wenn wir mit der Physik der Klimakrise nun mal keine Kompromisse schließen können, werden wir nicht umhin können, Kompromisse in der Politik aufgrund der Mehrheitslage schließen zu müssen. Die Abwägung, wo genau der vertretbare Kompromiss liegt zwischen anzustrebenden Zielen und erreichbaren Möglichkeiten müssen die jeweiligen Parteiorgane letztendlich entscheiden.

Die Beschlussvorlage ist bewusst kurz gehalten, er soll keine Doktorarbeit zum Klimaschutz oder einzelnen Lösungspfaden werden oder Altbekanntes und Selbstverständliches wiederholen, sondern ein verständliches Festschreiben der wichtigsten Leitlinien und des Weges in Richtung des 1,5°-Ziels darstellen. Details werden ohnehin im Koalitionsvertrag und den Regierungsvereinbarungen festgeschrieben, WIR müssen den Rahmen dafür festlegen.

Wir – wie auch unsere Wähler*innen – haben verstanden, dass ohne massive Einschnitte in unserem Alltag die notwendigen Ziele nicht erreichbar sind. Strafzahlungen an die EU wegen der Nicht-Einhaltung unserer Vertragsverpflichtungen sind besser in Klimaschutzmaßnahmen investiert! Und mit der „Klimadividende“ zahlen wir alle(!) Mehreinnahmen pro Kopf an alle Bürger*innen zurück: Wer also klimabewusst lebt, hat mehr im Portemonnaie, die Nicht-Einsichtigen und unbelehrbaren Klimabelaster*innen zahlen drauf.

Weitere Quellen:

- <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>
- <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>
- Klimakrise: Was jetzt getan werden muss, Handlungsprogramm der Umweltverbände für effektiven Klimaschutz
- <https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L>
- <http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html>
- <https://wissenwiki.de/Passivhaus>
- https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-wir-duerfen-keine-neuen-strassen-bauen.694.de.html?dram:article_id=424933
- <https://www.boell.de/de/2018/10/16/missing-pathways-15degc-die-bedeutung-des-landsektors-fuer-ambitionierte-klimapolitik>
- <https://www.zeit.de/2019/33/gruene-grundsatzprogramm-klimaschutz-tierschutz-robert-habeck>
- <https://taz.de/Nachhaltigkeit-und-Klimapolitik/!5609132/>
- [https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_\(Schweiz\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_(Schweiz))
- <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-4>

weitere Antragsteller*innen

Dietmar Rieth (Südwestpfalz KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Hartwig Berger (Berlin-Charlottenberg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dirk Paul Finkeldey (Aurich-Norden KV); Jürgen Janssen (Wesermarsch KV); Elisabeth Özge (Wilhelmshaven KV); Christian Stawinsky (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); Sira Berkhan (Karlsruhe-Land KV); Kajo Aicher (Bodenseekreis KV); Kathrin Weisser (Karlsruhe-Land KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Benedict Wieters (Köln KV); sowie 14 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.